

Girls'Day Akademie

Datenschutzinformation gem. Art. 13 DS-GVO

Diese Datenschutzinformation unterrichtet Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch die beiden Projektbeteiligten bayme vbm e. V. und bbw e. V.. Zu Ihren personenbezogenen Daten gehören gem. Art. 4 Nr. 1 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) alle Informationen, die sich auf Ihre Person beziehen oder beziehen lassen.

1. Gemeinsam für die Verarbeitung Verantwortliche im Sinne des Art. 26 DS-GVO

bayme – Bayerischer Unternehmensverband Metall und Elektro e. V. (bayme)

vbm – Verband der Bayerischen Metall- und Elektro-Industrie e. V. (vbm)

Max-Joseph-Straße 5, 80333 München

Telefon: +49 (0)89-551 78-218

Telefax: +49 (0)89-551 78-222

E-Mail: sarah.schmoll@baymevbm.de

Ansprechpartnerin: Sarah Schmoll

Datenschutzbeauftragter

Robert Schöttl

Föhrenweg 22

85757 Karlsfeld

Telefon: +49 (0) 8131-3333 220

Telefax: (0) 8131 3385 388

E-Mail: datenschutz@vbm.de

Bildungswerk der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Infanteriestraße 8

80797 München

Telefon: +49 (0) 89 44108-183/-158

Telefax: +49 (0) 89 44108-195

E-Mail: claudia.zeiler@bbw.de

Ansprechpartnerin: Claudia Zeiler

Datenschutzbeauftragter

Garden-City-Straße 4, 96450 Coburg

Telefon: +49 (0) 89 44108-347

Telefax: +49 (0) 89 44108-37347

E-Mail: datenschutz@bbw.de

2. Zwecke der Datenverarbeitung

Im Rahmen der Projektarbeit werden personenbezogene Daten Teilnehmer*innen, Eltern bzw. gesetzl. Vertreter*innen, Lehrkräften oder Vertreter*innen anderer Institutionen, Unternehmensvertreter*innen, Projektbetreuer*innen durch die unter 1 aufgeführten Projektbeteiligten zu Zwecken der Durchführung von Projektaktivitäten im Rahmen der Girls'Day Akademie und ihrer Module MINT-Werkstatt und MINT-Elternabend verarbeitet, z.B. für die Organisation von Präsenzveranstaltungen, hybriden und digitalen Veranstaltungen, Exkursionen, Öffentlichkeitsarbeit.

Rechtliche Grundlage für die Verarbeitung ist Ihre Einwilligung zur Teilnahme an dem Projekt (Art. 6 Abs. 1 lit. a DS-GVO); für Daten der Vertreter*innen von Unternehmen und Institutionen sind es die berechtigten Interessen der Verantwortlichen, Kontaktdaten der Ansprechpartner*innen für die Teilnahme zu verarbeiten (Art. 6 Abs. 1 lit. f DS-GVO). Bei der Erhebung von Daten können weitere Zwecke und Rechtsgrundlagen angegeben sein.

3. Ihre Datenschutzrechte

Sie können gegen die unter 1. genannten Projektbeteiligten folgende Rechte in Anspruch nehmen:

- gem. Art. 15 DS-GVO Auskunft über die verarbeiteten, Sie betreffende personenbezogene Daten zu verlangen. Dabei haben Sie das Recht, auf Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie personenbezogener Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen die personenbezogenen Daten offengelegt worden sind oder noch offengelegt werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts bei einer Aufsichtsbehörde, die Herkunft ihrer Daten, wenn diese nicht bei der betroffenen Person erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling;
- gem. Art. 16 DS-GVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger personenbezogener Daten oder die Vervollständigung Ihrer gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;
- gem. Art. 17 DS-GVO die Löschung der bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;
- gem. Art. 18 DS-GVO von uns die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, wenn die Richtigkeit der personenbezogenen Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie allerdings die Löschung der personenbezogenen Daten ablehnen und statt dessen die Einschränkung der Nutzung verlangen, die Verantwortlichen die personenbezogenen Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht mehr benötigen, diese jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder sie gem. Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben;
- gem. Art. 20 DS-GVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie unter bestimmten Umständen bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten und die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen;
- gem. Art. 21 können Sie Widerspruch gegen eine Verarbeitung einlegen, die aufgrund berechtigter Interessen erfolgt, indem Sie Gründe nennen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben.
- gem. Art. 7 Abs. 3 DS-GVO Ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Infolge des Widerrufs wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.
- gem. Art. 77 DS-GVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren, wenn Sie der Auffassung sind, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die gesetzlichen Bestimmungen verstößt. Die Kontaktdaten der zuständigen Aufsichtsbehörde erfahren Sie z. B. beim virtuellen Datenschutzbüro (www.datenschutz.de). Zuvor sollten Sie sich an die unter 1 aufgeführten Ansprechpartner oder deren Datenschutzbeauftragte wenden.

4. Übermittlung Ihrer persönlichen Informationen

Mögliche Datenempfänger*innen sind neben zuständigen Stellen, Mitarbeiter*innen sowie Auftragsverarbeiter*innen der Verantwortlichen im für die Teilnahme erforderlichen und zulässigen Umfang (z. B. Organisation und Betreuung), deren Erfüllungsgehilfen und Mitgliedsunternehmen. Eine Verarbeitung in Drittländern ist nicht vorgesehen, sofern nicht abweichend angegeben.

5. Dauer der Speicherung

Ihre personenbezogenen Daten werden zur Projektdurchführung bis zu 3 Jahre gespeichert und einzelne Nachweise bis zu 10 Jahren. Für eine längere Speicherung der Kontaktdaten im Rahmen der Langzeitevaluation gilt eine gesonderte Einwilligungserklärung.

Unterschiedliche gesetzliche Aufbewahrungsfristen ergeben sich aus steuerrechtlichen, arbeitsrechtlichen und sozialversicherungsrechtlichen Vorschriften und reichen für steuerrechtlich relevante Unterlagen und Belege bis zu zehn Jahren.